

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Verschiebepark Arbeitsagentur verhindern – Vermittlung stärken, statt Arbeitslosigkeit zu verwalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung und die Ampelkoalition wollten im Rahmen des Haushaltsfinanzierungsgesetzes junge Menschen unter 25 Jahren statt von den Jobcentern ab dem 1. Januar 2025 von den Arbeitsagenturen betreuen lassen. Die Kosten für die Eingliederungsleistungen junger Arbeitsloser sollten durch die Beiträge der Versicherten in der Arbeitslosenversicherung übernommen werden. So wollte die Bundesregierung jährlich 900 Mio. Euro sparen und diese Kosten von den Beitragszahlern der Arbeitslosenversicherung übernehmen lassen. Einen Anstieg des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht ausdrücklich ausgeschlossen (BT-Drs. 20/8368). Die Bundesregierung plante einen finanziellen Verschiebepark, um den Haushalt auf Kosten der Versichertengemeinschaft aufzubessern.

Nach massivem öffentlichen Protest von CDU/CSU, Hinweisen des Bundesrechnungshofs auf erhebliche zusätzliche Kosten in Höhe von 1,1 Mrd. Euro sowie Protesten von Mitarbeitern der Jobcenter (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/rechnungshof-rueffelt-heil-fuer-kostenverlagerung-im-sozialetat-19174521.html) und einer Ablehnung durch sämtliche Bundesländer (Umlaufbeschluss 10/2023 der Arbeits- und Sozialministerkonferenz vom 25. August 2023) sind die Pläne der Bundesregierung gescheitert. Der zuständige Bundesarbeitsminister Heil hat angekündigt, seine Pläne zurückzuziehen (www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/hubertus-heil-arbeitsminister-kippt-sparplaene-bei-betreuung-junger-arbeitsloser-a-3472492e-d555-4066-9718-f4558df99657).

Nach Medienberichten plant Bundesarbeitsminister Heil jedoch weiterhin Einsparungen auf Kosten der Beitragszahler in der Arbeitslosenversicherung. Denn nun sollen Weiterbildung und Rehabilitation von Bürgergeldbeziehern von den Arbeitsagenturen betreut werden. Dabei sollen unverändert 900 Mio. Euro im Jahr eingespart werden. (www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/hubertus-heil-arbeitsminister-kippt-sparplaene-bei-betreuung-junger-arbeitsloser-a-3472492e-d555-4066-9718-f4558df99657). Der Deutsche Bundestag ist bisher nicht über genauere Pläne des Bundesarbeitsministers und der Bundesregierung informiert worden. Wenn die Medienberichte zutreffend sind, droht aber erneut eine unnötige Verschiebung von Aufgaben und eine zusätzliche Belastung der Beitragszahler. In den Jobcentern wird sehr viel Motivations- und Stabilisierungsarbeit geleistet, bevor ein Kunde weiterbildungswillig und auch dazu fähig

ist. Insbesondere während einer laufenden Weiterbildung kommt es sehr oft zu persönlichen Krisen. Der positive Abschluss der Weiterbildung gerät dann in Gefahr, wenn keine engmaschige und umfassende, die Gesamtsituation des Kunden berücksichtigende Betreuung geleistet wird. Eine solche qualitativ hochwertige Betreuung ist den Arbeitsagenturen nicht möglich, da sie die Gesamtsituation des Kunden und seiner Familie nicht kennen. Eine fachliche Begründung für diese Pläne kann die Bundesregierung entsprechend nicht vorlegen. Selbst die Vorsitzende der Bundesagentur für Arbeit zeigte sich von den Plänen des Bundesarbeitsministers überrascht und sieht die Aufgabenverlagerungen kritisch (www.sueddeutsche.de/politik/jobcenter-arbeitsagenturen-lindner-sparplaene-1.6006981?reduced=true).

Gleichzeitig planen Bundesregierung und Ampelkoalition massive Einschnitte bei den Mitteln für Eingliederungsleistungen für Langzeitarbeitslose. Die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik sollen nach erheblichen Einsparungen der letzten Jahre 2024 erneut um 400 Mio. Euro abgesenkt werden. Gemeinsam mit den Kosten für gestiegene Gehälter der Jobcentermitarbeiter stehen für die Eingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt im kommenden Jahr rund 700 Mio. Euro weniger zur Verfügung als in den Vorjahren. Dies erscheint nicht nachvollziehbar in Zeiten, in denen die Jobcenter durch die Eingliederung einer Vielzahl Geflüchteter, insbesondere Geflüchteter aus der Ukraine, in den Arbeitsmarkt besonders stark gefordert sind.

Ein Versprechen der Bundesregierung bei der Einführung des Bürgergelds war die Verbesserung der Vermittlung in Arbeit. Nun aber plant die Bundesregierung, die Mittel für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu senken. Schon jetzt sind die finanziellen Mittel für die Jobcenter so knapp bemessen, dass die Mitarbeiter arbeitslose Menschen nicht ausreichend unterstützen können. Das führt zu Frust bei Arbeitslosen und bei Jobcentermitarbeitern. Eine weitere Kürzung der Mittel wird zu noch mehr Frust und weniger Motivation auf beiden Seiten führen. Statt Vermittlung in Arbeit drohen die Jobcenter zu einer reinen Verwaltungsstelle von Arbeitslosigkeit zu werden. Die Bundesregierung verrät damit die selbst erklärten Ziele des Bürgergelds. Ein solcher Zustand wäre nicht tragbar. Gute Sozialpolitik misst sich daran, möglichst viele Menschen schnell und dauerhaft wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Jobcenter zu einer reinen Zahlstelle zu machen, kann keine sinnvolle Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sein. Wir wollen Arbeitslosen eine Chance geben, zurück in das Arbeitsleben zu finden. Hierfür ist eine kluge, aktive Arbeitsmarktpolitik notwendig.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

1. die Agentur für Arbeit nicht mit neuen Aufgaben zu belasten, die zu Lasten der Beitragszahler gehen. Stattdessen sollten die Weiterbildung und Rehabilitation von Langzeitarbeitslosen weiterhin im Rechtskreis des SGB II durchgeführt werden;
2. die Mittel zur Eingliederung in Arbeit nicht zu kürzen und sich klar zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik zu bekennen;
3. ausreichende Mittel bereitzustellen, damit die von den Tarifpartnern beschlossenen Gehaltssteigerungen nicht zu Lasten des Eingliederungstitels gehen;
4. die persönliche Beratung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen zu intensivieren und den erforderlichen Betreuungsschlüssel in den Jobcentern zu verbessern.

Berlin, den 7. November 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion